

Ercheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverarbeitungsindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 42 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 18. Oktober 1918

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Ergebnisloser Verlauf der Tarifamtsverhandlungen. — 2. Nachtrag zum Reichstarif für die Lederverarbeitungsindustrie Deutschlands. — Konferenz der Vertreter der Verbände Deutschlands. — Die Gewerkschaftspressen zur Demokratisierung Deutschlands. — Aus unserem Beruf. — Streiks und Lohnbewegungen. — Hundsgau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 20. bis 26. Oktober 1918 ist der 43. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Plicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Ergebnisloser Verlauf der Tarifamtsverhandlungen.

Die ständig anhaltende Teuerung der gesamten Lebenshaltung veranlaßt die organisierte Arbeiterschaft, mehr als ihr lieb ist, sich mit der Frage einer höheren Entlohnung zu beschäftigen. Auch die Kollegen der Lederverarbeitungsindustrie sah sich schon wenige Monate nach Inkrafttreten des neuen Reichstarifs genötigt, die Unternehmer um eine Erhöhung der Teuerungszulage anzugehen. In fast allen Verwaltungsjahren unseres Verbandes wurden diesbezügliche Resolutionen angenommen und die Werkstattvertrauensleute beauftragt, bei ihren Unternehmern vorstellig zu werden. Aus den darauf eingegangenen Bescheiden ist zu ersehen, daß fast alle Firmen die Notlage der Arbeiter und die Berechtigung ihrer Forderungen anerkennen. Nur bewilligen können sie nichts, weil der Reichstarif in solchen Fällen Einheitsrichtschnur vorsieht, die erst durch Entscheidung des Tarifamts herbeigeführt werden kann.

Der Zentralvorstand hat die bei ihm eingegangenen Anträge geprüft und beschlossen, dem Tarifamt folgenden Antrag zu unterbreiten:

Die Teuerungszulagen auf Seite 6 des Reichstarifs für das Lederverarbeitungsgebiet sind zu erhöhen und zwar sollen erhalten: Gelernte Zeitlohnarbeiter, anstatt 30, 35 und 40 Pf., ab 1. Oktober 1918 60, 65 und 70 Pf.; Hilfsarbeiter über 17 Jahre alt, anstatt 20, 23 und 26 Pf., ab 1. Oktober 1918 45, 48 und 51 Pf.; Hilfsarbeiter unter 17 Jahren, anstatt 13 Pf., ab 1. Oktober 1918 25 Pf.; Arbeiterinnen, über 17 Jahre alt, Maschinen- und Zweinadelnäherinnen ohne Unterschied des Alters, anstatt 17, 20 und 23 Pf., ab 1. Oktober 1918 37, 40 und 43 Pf.; Hilfsarbeiterinnen unter 17 Jahren, anstatt 12 Pf., ab 1. Oktober 1918 22 Pf. Ferner sollen alle auf Stücklohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen anstatt 35, 30, 35 und 20 v. H. in Zukunft 50, 55, 60 und 50 v. H. erhalten.

Dienstag, den 8. Oktober, tagte in den Räumen der Berliner Handelskammer unter dem Vorsitz des Herrn Syndikus Meyer das Zentraltarifamt. Neben den Vertretern der am Reichstarif beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen wohnten Vertreter der bundesstaatlichen Kriegsministerien den Verhandlungen bei. In kurzer Rede, begleitet mit statistischem Material, begründete Kollege Blum die Notwendigkeit eines Mehrverdienstes der Lederverarbeitungsarbeiter. Die seitens unseres Verbandes veranlaßte statistische Erhebung über die in der dritten Septimberwoche gezahlten Löhne, wovon das Ergebnis aus 33 Orten mit höheren Ortszuschlägen bereits vorliegt, zeigt, daß die Sattler niedriger im Lohn stehen wie andere gelernte Arbeiter.

Es verdienen 2667 Affordarbeiter im Durchschnitt 1,46 M. die Stunde, 730 Lohnarbeiter 1,32 M., 1042 Affordarbeiterinnen 0,96 M. und 1325 Lohnarbeiterinnen 0,74 1/2 M. Die ermittelten Durchschnittslöhne der Affordarbeiter sind noch durch die Verdienste der Affordmaschinenmacher günstig beeinflusst. Werden diese besonders geführt, so sinkt der Durchschnittslohn. Das ist noch mehr der Fall, wenn die Erhebung alle Affordarbeiter im Reiche umfassen würde. Keineswegs sind die Löhne in Anbetracht der Teuerung ausreichend; sie bedürfen einer wesentlichen Aufbesserung, die noch weit über unsere Forderung hinausgehen müßte.

Herr Busse (Offenbach) gab im Auftrage der Fabrikantenvereinigungen eine Erklärung ab, wonach die Unternehmer zunächst an dem Reichstarif und seiner gesetzlichen Kraft nichts geändert wissen wollen. Denn die Verhältnisse liegen nicht so, daß eine Änderung berechtigt sei. Die Fabrikanten sind bereit, dem Drange der Zeit entsprechend Rechnung zu tragen. Wenn sie eine Zulage in Aussicht stellen, so kann sie nur eine freiwillige sein. Bei den jetzt geltenden Lieferpreisen können die Fabrikanten die Zulage nicht aus eigener Tasche zahlen; deshalb haben sich die Unternehmer bei den befallenden Behörden erkundigt, ob sie eine Vergütung für die entstehenden Mehrausgaben erhalten. Es scheint wenig Aussicht dafür vorhanden zu sein; beschäftigen sich doch die Behörden nicht mit dem Aufbau, sondern mit dem Abbau der Löhne. Dessenungeachtet seien die Fabrikanten entschlossen, im Prinzip eine Zulage zu gewähren und zwar denen, die am meisten unter der Notlage zu leiden haben, das sind die Haushaltungsverbände mit mehr als zwei Kindern. Es sollen erhalten:

Zeitlohnarbeiter anstatt bissh. 40 Pf.	jetzt 45 Pf.	die Stb.
Hilfsarbeiter " " " 26 " " 30 " "	" " " 26 " " "	" " " " " " " "
Hilfsarbeiterinnen " " " 23 " " 26 " "	" " " 26 " " "	" " " " " " " "
Stücklohnarbeiter anstatt bisher 35 Proz.	jetzt 45 Proz.	

Mehr können die Fabrikanten nicht bewilligen; sie überlassen es den Arbeitnehmern, Schritte bei den Behörden zu unternehmen. Wenn die Militärverwaltung, wie früher, die Mehrausgaben ersetzt, dann wollen die Fabrikanten weiteres Entgegenkommen zeigen. Interessant ist das Ergebnis einer von den Unternehmern veranlaßten Lohnaufnahme. Leider ist uns nicht bekannt, aus welcher Zeit sie stammt, wieviel Orte, Betriebe und Personen sie umfaßt. Es ist aber anzunehmen, daß die Arbeitgeber eher die günstigsten Verhältnisse zum Beweise anführen als wie die schlechten. Trotzdem erzielten nach der Unternehmerstatistik die Stücklohnsattler 1,84 M., die Zeitlohnsattler 1,65 M., die Affordarbeiterinnen 1,10 M. und die Zeitlohnarbeiterinnen gar nur 70 Pf. die Stunde einschließlich aller Zulagen, was sicherlich nicht als hoher Verdienst angesprochen werden darf.

Kollege Schulze (Berlin) kann die gehörte Erklärung der Arbeitgeber nicht im Einklang mit ihren schriftlichen Antworten bringen. Fast einmütig werden die Arbeiterforderungen als berechtigt anerkannt, gern wollen sie mehr geben, wenn die tariflichen Bestimmungen dem nicht im Wege ständen. Von dem Angebot der Unternehmer, das an sich schon sehr wenig bringt, hätten nicht einmal 5 Proz. der Arbeitnehmer einen Vorteil. Im Verhältnis zu andern Berufen werden unsere Kollegen schlecht entlohnt. Die vom Kollegen Blum angeführten Ziffern werden durch die Berliner Verhältnisse günstig beeinflusst. In Berlin war der Durchschnittsverdienst für gelernte Sattler im Stücklohn 1,83 M., im Zeitlohn

1,81 M.; für Stücklohnarbeiterinnen 1,20 M. und für Zeitlohnarbeiterinnen 0,75 M. Ein Vergleich mit anderen Gewerben zeigt, daß die Sattler schlecht entlohnt werden. Zum Beweise dieser Behauptung dienen die monatlichen Aufstellungen der städtischen Arbeitsvermittlung als geeignete Unterlage. Wenn die Dinge so liegen, kann man nicht anders sagen, als daß in unserem Gewerbe eine starke Zurückbildung der Entlohnung Platz gegriffen hat. Herr Busse glaubt dieser Behauptung widersprechen zu müssen und führt zum Beweise die Statistik des Metallarbeiterverbandes an, die eine niedrigere Entlohnung ergibt. Damit hat zum ersten Male ein Unternehmervertreter die in der Öffentlichkeit hauptsächlich von Arbeitgeberorganen bekämpfte Lohnstatistik des Metallarbeiterverbandes als richtig anerkannt, und zwar weil er die auch seiner Meinung nach niedrigeren Verdienste glaubt im Interesse seiner Kollegen benützen zu dürfen.

Kollege Blum führt an, daß wohl vor einigen Monaten eine Bewegung zwecks Lohnabbaues im Fluß war, jetzt aber die Ansichten der Behörden sich geändert haben. In letzter Zeit wurden in Staatsbetrieben die Löhne, darunter auch die der Sattler, erheblich erhöht. Das Angebot der Lederverarbeitungsfabrikanten ist undisziplinabel.

Der Vertreter des Bekleidungsbeschaffungsamtes stellt fest, daß es ein Irrtum des Herrn Busse ist, wenn er meinte, die Behörden haben sich schon mit dem Abbau der Löhne beschäftigt. Aus Sparsamkeitsrücksichten wurde erzwungen, die Beschaffungskosten zu vermindern, aber mit keinem Wort ist von einer vorgesehene Behörde vom Abbau der Löhne gesprochen worden.

Kollege Nibel weist nochmals darauf hin, wie sich die Verhältnisse in den letzten Monaten zu ungunsten der Arbeiter verschärft haben. Dies haben auch die Arbeitgeber im einzelnen bestätigt, eine Zulage für notwendig erachtet, aber sie wollen nicht aus eigener Tasche zahlen. Die Kalkulation sei scharf und ihr Verdienst gering. Eine Besserung erhoffen sie von der Befreiung der Zuschneidestellen. Kann erst jeder Fabrikant das ihm behördlich zugewiesene Leder selbst ausschneiden, so bleibt ein Gewinn, der es den Fabrikanten möglich macht, ohne Rückvergütung von den Behörden zu verlangen, die geforderte Teuerungszulage zu bewilligen. Vielfach wird in den Zuschneidestellen das Leder nicht sachmännlich ausgenutzt, dadurch die Arbeit erschwert und der Lohn stark beeinträchtigt. Aus diesen Gründen wäre mit der Befreiung der Zuschneidestellen allen Teilen gedient.

Die Unternehmer haben sofort diese Ausführungen des Kollegen Nibel aufgegriffen und haben in weitläufigen Ausführungen ihre Beschwerden über die Unzweckmäßigkeit der Lederzuschneidestellen den antwortenden Vertretern militärischer Behörden zu Gehör gebracht und dabei den Wunsch geäußert, man möge ihrem Antrage, die Zuschneidestellen wieder aufzuheben, so schnell wie möglich nachkommen.

Der Vertreter des Lederzuweisungsamtes bemerkt, daß seinen Erfahrungen zufolge die Zuschneidestellen sich bewährt und die erwarteten Lederersparnisse gebracht haben.

Nach dieser Abweisung von dem eigentlichen Beratungsgegenstand erklärten die Unternehmer immer wieder, erst wenn die Behörden sich zu Erfolgsleistungen bereit erklären, dann wollen sie über die Höhe einer zu bewilligenden Teuerungszulage ver-

handeln. Bei diesem gegenfälligen Beharren auf ihrem Standpunkt waren die Verhandlungen auf einen toten Punkt gelangt. Die Arbeitgeber zogen sich zu Sonderberatungen zurück, mit dem Resultat, daß sie dem Tarifamt folgende Resolution zur Beschlußfassung unterbreiteten:

„Die Arbeitgeber können weitere Zugeständnisse (wie die für Familienvorstände mit mehr als zwei Kindern) nicht machen, überlassen den Arbeitnehmern die weitere Initiative, sind aber bereit, die Forderungen der Arbeitnehmer bei Besprechungen mit den auftraggebenden Behörden zu unterstützen, und zwar nach allgemeinen maßgebenden Gesichtspunkten und weiterhin nach vorheriger Zustimmung der Zurückhaltung der zu bewilligenden Feuerungszuschläge.“

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitgebervertreter sich gegen diese Resolution erklärten und das Tarifamt ersuchten, dieselbe abzulehnen, was auch geschah. Damit mußte der Vorhänge die Verhandlungen als ergebnislos verlaufen abschließen.

Daselbe Resultat zeitigte der Antrag unseres Verbandes bezüglich Regelung der Arbeitszeit und Entlassung von Arbeitern infolge Arbeitsmangel. Der vom Kollegen Blum begründete Antrag hat folgenden Wortlaut: „Das Tarifamt möge entscheiden: Bevor in einem Betriebe Arbeiter und Arbeiterinnen aus Mangel an Beschäftigung entlassen werden, ist zuerst die im Reichstarif vorgesehene Arbeitszeit von 53 Stunden einzuführen.“

Sofort die tarifliche Arbeitszeit von 53 Stunden höchstens bereits eingeführt ist und dennoch aus Mangel an Arbeit Entlassungen vorgenommen werden müssen, sind zunächst, soweit Gefangene beschäftigt werden, diese zu entlassen. Ferner sind die Bestimmungen des § 6 c, d, e des Reichstarifes einzuhalten.

Sofort trotzdem, nach Erfüllung vorstehender Bestimmungen, Entlassungen nicht vermieden werden können, sind die berufsfremden Arbeiter und Arbeiterinnen zunächst zu entlassen.

Als berufsfremde Arbeiter oder Arbeiterinnen sind zu betrachten:

- a) alle Arbeiter, welche das Sattlergewerbe vor dem 1. August 1914 nicht ausgeübt haben, mit Ausnahme der während der Kriegszeit ausgebildeten Sattler;
- b) alle Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, soweit sie nicht vor dem 1. August 1914 im Lederausstattungsgerwerbe tätig waren.

Müssen infolge größerer Einschränkungen der Heeresaufträge im Lederausstattungsgerwerbe auch weitere Schichten der berufszugehörigen Personen entlassen werden, so ist die möglichste Rücksicht auf ältere Arbeiter und kriegsbeschädigte Sattler zu nehmen und sind die jüngeren Kräfte zuerst zu entlassen. Bevor jedoch berufszugehörige Personen aus Mangel an Beschäftigung entlassen werden, ist der Betriebshaber verpflichtet, mit dem Arbeiterausschuß oder mit der Organisationsleitung des Verbandes der Sattler und Portefeuller am Platze Verhandlungen über eine Verfüzung der täglichen Arbeitszeit auf sieben Stunden einzuleiten.

Streitigkeiten, die sich aus vorstehenden Bestimmungen ergeben, sind durch die im Reichstarif nach § 7 des Reichstarifes vorgesehenen Instanzen zu entscheiden.

Herr Mühlensfeld (Warmen) hält den Antrag für undiskutabel.

Herr Cobau (Berlin) erklärt namens der Fabrikanteneinigungen, daß sie beschlossen haben, über den Tarif hinausgehende Verpflichtungen sich nicht auferlegen zu lassen. Den im Antrage liegenden Wünschen wollen die Fabrikanten nach Recht und Billigkeit Rechnung tragen.

Die Arbeitgebervertreter führten den Nachweis, daß der Antrag nichts erhalte, was gegen den Reichstarif verstoße. Im Gegenteil, er verlange nur die Inkraftsetzung geltender Bestimmungen und bei dem anerkannten Arbeitsmangel vorerst Entlassung der Arbeitskräfte, die in ihrer Eigenschaft als Schutzmänn, Feuerwehr und dergleichen Heimarbeit im Nebenerwerb leisten, meistens weit unter tariflicher Entlohnung. Die Arbeiterschaft wird es nicht verstehen, besonders unsere in Wäld heimkehrenden Krieger, wenn sie, als gelernte Berufsarbeiter, zu Gunsten der Gefangenen und Berufsfremden auf Stellung und Verdienst verzichten müssen. Etwas anders haben sie sich doch den Dank des Vaterlandes vorzustellen. Aber alle Gründe und Argumente verschlugen nicht bei den Unternehmern, sie beharrten auf ihrem ablehnenden Standpunkt, auch dann noch, als der beherrschliche Vertreter durch seine Erklärung ihnen zu verstehen gab, daß hier ein Entgegenkommen angebracht erscheine. Denn kommt es zum Frieden, so tritt angesichts der Demobilisation und der Einstellung von Heeresarbeitern großer Arbeitsmangel ein, so daß die Reichsregierung regelnd eingreifen muß. Liegt es doch im Allgemeininteresse, die feiernden Kräfte nicht ungenützt herumlaufen zu lassen. Die Arbeitszeit wird durch gesetzliche Ver-

ordnung verkürzt und den Arbeitslosen eine Unterstützung gewährt werden müssen. Hier hatten es die Unternehmer in der Hand, ihr so oft von ihnen gepriesenes sozialpolitisches Verständnis zu bezeugen und den Behörden zu beweisen, wie die Uebertagungs-wirtschaft im Einverständnis mit den Arbeitern eingeleitet werden kann, ohne daß es den Unternehmern einen Pfennig kostet, vielmehr ihnen die gelernten Berufsarbeiter sichert.

Im Anschluß an die Tarifamtsitzung fand noch eine Aussprache mit den Coleiteuren statt, in welcher der Vorstand beauftragt wurde, die beim Tarifamt eingereichten Anträge dem Kriegsarbeitsamt zu übermitteln.

Bei jedem unbereinigten Teilnehmer dieser Tarifamtsitzung wurde der Eindruck erweckt, als wollen die Unternehmer den Arbeitern kein Entgegenkommen zeigen, auch dann nicht, wenn es schließlich zu ihrem eigenen Schaden ausfallen wird. Doch davon können nur die enttäuscht sein, die da glaubten, die wirtschaftlichen Kämpfe werden in Zukunft vermeidbar sein. Wir haben immer vor diesen Optimismus gewarnt und mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß den Arbeitern nur aus eigener Kraft ihr Recht werden kann. Mehr denn je wird die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses sich erweisen; wer daran noch zweifelt, dem wird der Verlauf der letzten Tarifamtsitzung eines Besseren belehren.

## 2. Nachtrag zum Reichstarif für die Lederausstattungs-Industrie Deutschlands.

	Mr.	Arbeitsur- schlag d. G.
*1. Kopffernhörentasche 17, Handnaht (Tragegeschlaufe, gepreßt, Hülse im Dedel mit Maschine eingenaht.)	1,10	20
*2. Tasche für Feldbanapparat 17, alles Handnaht	2,10	20
Wird die Bodennaht an der inneren Tasche mit Maschine genäht, dann	2,00	20
3. Tragegerüst für Speisenträger	1,00	20
4. Nr. 89 d. N.-L., Rabelornstirn Nr. 1: Wird in der Klappe eine Vorrichtung zur Aufnahme eines Hammers angebracht, dann	6,80	30
5. Seitengewehrtasche, ganz mit Hand genäht	0,50	20

Die vorstehenden Lohnsätze gelten ab 8. Oktober 1918; wo unter Vorbehalt gearbeitet wurde, vom Tage des Einpruchs ab.

6. Bei Ausstattungsgegenständen aus Papierstoff ist Maschinennaht ausschließlich Umreihen des Stoffes berechnen; Lederbeleg muß aufgefleht geliefert werden. Das Verpuhen maschinell anzunähernder Lederteile sowie das Festen des Brustblattes einschließlich Oberblattlöcher und Strangstutzen übernimmt der Arbeitgeber. Der Nachpuß ist vom Stückerbeiter auszuführen.

7. Für Gegenstände, für die Arbeitslöhne im Reichstarif nicht festgesetzt sind, kann auf Antrag einer Partei die Berliner Auskunftsstelle Vorbehaltsspreise bestimmen. Die Vorbehaltsspreise unterliegen der Nachprüfung des Tarifamtes.

Die Schlichtungskommissionen sind an diese Vorbehaltsspreise gebunden und dürfen ihrerseits Arbeitslöhne außerhalb des Reichstarifes nicht festsetzen werden.

Die Auskunftsstelle besteht aus zwei Arbeitgebern, welche die Interessengemeinschaft benennt, und zwei Arbeitnehmern, welche die Arbeiterorganisationen bestimmen; ihre Adresse ist:

Vereinigung deutscher Fabrikanten für Heeresausrüstung, Berlin SW. 68, Zimmerstr. 3/4.  
Nachstehende Orte werden bezüglich der Ortszuschläge zugeteilt:  
III. Klasse 10 Proz.: Goch, Landsberg a. W.  
IV. Klasse 5 Proz.: Mühlfort, Klessden.  
Berlin, den 8. Oktober 1918.

### Das Tarifamt.

Der Vorsitzende: Oskar Meher, Syndikus der Handelskammer zu Berlin.

Der Obmann der Arbeitgeber: Felix Cobau.

Der Obmann der Arbeitnehmer: Alfred Riedel.

## Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 4. Oktober waren die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer Konferenz zusammenberufen, um zu dem Eintritt eines Mitgliedes der Generalkommission in die Reichsregierung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende der Generalkommission berichtete ein-

leitend über die Vorgänge der letzten Tage, die zum Rücktritt des Reichsfinanzers Grafen v. Hertling und zur Parlamentarisierung der Regierung führten. Mit der Schaffung eines parlamentarischen Ministeriums wurde die Neuerrichtung eines Reichsarbeitsamtes verknüpft, das das Reichswirtschaftsamt von seinem sozialpolitischen Aufgabenbereich entlasten soll. Da die Mitglieder der Regierung den Parteien entnommen werden sollten, so trat auch an die Sozialdemokratie die Aufforderung heran, einige Männer ihres Vertrauens an der Regierung zu beteiligen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ermächtigte den Genossen Scheidemann, in die Regierung einzutreten und eruchte die Generalkommission um den Vorschlag eines Genossen aus dem Kreise der Gewerkschaften für die Leitung des neuen Reichsarbeitsamtes. Die Generalkommission beschloß, der Aufforderung zu entsprechen, wollte aber die Delegation einer zu beauftragenden Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände überlassen. Die Konferenz wurde unverzüglich berufen. Da der Parteivorstand aber glaubte, mit den Vorschlägen für die neue Regierung nicht länger warten zu können und zur Eile drängte, so sah sich die Generalkommission genötigt, der Konferenz der Vorstände das Vorschlagsrecht vorwegzunehmen. Sie brachte den Genossen Gustav Bauer für die Leitung des Reichsarbeitsamtes in Vorschlag, der inzwischen auch bereits zum Staatssekretär ernannt worden ist. Legten berichtete weiterhin über die Delegation an den Reichsfinanzler v. Hertling und über die vor dem Kriegsamt gepflogenen Verhandlungen über Kriegsernährung und Arbeitszeitverfürzung sowie über die Situation der Arbeitskammervorlage, die infolge des Rücktritts des Kabinetts v. Hertling hinfällig werde. Der neuen Regierung bleibe die Aufgabe, einen neuen Entwurf vorzulegen, der den Forderungen der Arbeiterschaft entspreche. Mit diesem Wechsel der Dinge ist auch die geplante Konferenz aller Gewerkschaftsgruppen zur Stellungnahme zum Arbeitskammerentwurf erledigt, ebenso die für den gleichen Zeitpunkt vorgesehene Vorstandskonferenz. Der Redner schloß seinen Bericht mit der Versicherung, daß der Eintritte in die Regierung einzutreten, durchaus nicht leichten Herzens gefaßt worden sei, aber die Entwicklung der Ereignisse ließ keine andere Entscheidung zu. Die Lage sei außerordentlich ernst; sie gleiche derjenigen vom August 1914 und heute wie damals hätten die Gewerkschaften die Pflicht, sich der Landesverteidigung zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz habe trotz der bereits vollzogenen Ernennung der Arbeiterminister die Aufgabe, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen und ihr Urteil darüber abzugeben.

Die Erörterungen über den Eintritt von Gewerkschaftlern in die Reichsregierung nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Sachlich stimmten alle Redner darin überein, daß die Arbeiterschaft sich dem Eintritt in die Reichsregierung nicht entziehen durfte. In der Personensfrage traten zwar Abweichungen auf, doch stimmte schließlich die Konferenz einmütig dem Eintritt Bauers in das Reichsarbeitsamt zu. Auch die Mitteilung, daß Rob. Schmidt für das Amt eines Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsamt ausersuchen sei, rief große Befriedigung hervor. Die Anregung, zur Aufklärung über die außerordentliche Situation und über die innere Umgestaltung ein Flugblatt herauszugeben und in Massen zu verbreiten, wurde mit dem Hinweis, daß es Aufgabe der Gewerkschaftspressen sei, über die gegenwärtige Lage die Arbeiterschaft zu informieren, fallen gelassen.

Aus der Teilnahme der Arbeiterschaft an der Regierung ergeben sich für die innere Neuorientierung eine Reihe von Problemen, zu denen früher oder später noch eingehend Stellung genommen werden muß. Die Konferenz war der Meinung, daß, sobald solche Fragen als dringlich eintreten, sofort eine neue Konferenz einzuberufen sei. Die Anstellung von Ersatzkräften solle der Generalkommission zur Vorprüfung überlassen werden, die der nächsten Vorstandskonferenz geeignete Vorschläge machen werde. Bauer werde für die Dauer seiner Reichsstellung von seiner Anstellung in der Generalkommission entbunden; sein Rücktritt in die bisherige Stellung werde ihm offen gehalten. Er bleibe auch weiterhin Mitglied der Generalkommission und werde in dieser Eigenschaft an deren Sitzungen teilnehmen. Die Konferenz stimmt diesen Auffassungen zu.

## Die Gewerkschaftspressen zur Demokratisierung Deutschlands.

Die am 5. Oktober d. J. eingeleitete Demokratisierung wird selbstverständlich von der Gewerkschaftspressen eingehend gewürdigt. So schreibt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften u. a.:

„Die Aufgabe der ersten parlamentarischen Regierung des Deutschen Reiches ist sowohl auf dem Gebiete der inneren als der auswärtigen Politik eine äußerst schwierige. Sie soll den Frieden wiederherstellen und findet fast die ganze Welt im Wurde

gegen uns. Das ist die Erbschaft, die ihr das alte System hinterläßt. Und sie muß ihre ganze Kraft daransetzen, die nationale Verteidigung zu organisieren, falls die Feinde erneut die Friedenshand zurückweisen. Zur Erreichung dieser Zwecke ist es notwendig, mit dem alten System aufzuräumen und die Grundlage, auf der die neue Regierung fußt, verfassungsgemäß sicherzustellen.

In einem „Die Bedeutung für die Gewerkschaften“ überschriebenen Aufsatz sagt der „Korrespondent“ der Buchdrucker:

„Es bedarf keiner Erörterung, daß das jetzige weltgeschichtliche Geschehen auch die Gewerkschaften und die Gewerkschaftler bis ins Innerste berührt, denn Friede, Freiheit und Volksgeltung sind uralte Dinge auch des schaffenden Mannes, der die Auswirkung seiner Organisationen durch das alte Regime des Militär- und Polizeistaats mit der erschwerenden Zugabe des Belagerungszustandes stark beeinträchtigt sah. Abgesehen noch von der bitteren Ernährungsnot, die von dem nun zur Abwirtschafung bestimmten Faktoren auch unnötig vergrößert und zu einer direkten Gefahr für die Familien der Arbeiter, Angestellten und Beamten geworden ist.“

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt:

„Der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung ist ein Experiment, dessen Gefahr nicht unterschätzt werden darf. Es ist eine bürgerliche Regierung, in die sie eintreten. Das von ihnen aufgestellte Mindestprogramm ist deshalb auch kein sozialistisches Programm, aber es sind durchweg demokratische Forderungen, die sie aufgestellt haben. Unser Land muß demokratisiert werden; je wirksamer das geschieht, um so besser wird dem kommenden Sozialismus vorgearbeitet. Der Gedanke, das Vaterland ist in Gefahr, war ausschlaggebend für den gefassten Beschluß, und er hat alle entgegenstehenden Bedenken zurückgedrängt. Hätte die Sozialdemokratie ihre Mitwirkung abgelehnt, dann wäre die Bildung einer parlamentarischen Regierung und damit ein wichtiger Schritt zum Frieden unterblieben. Wenn jetzt die Sozialdemokratie einen Einfluß in der Regierung ausüben kann, dann soll und wird sie ihn ausüben im Interesse der Arbeiterklasse. Das ist wieder eine Gelegenheit, bei welcher sich die eingetretene Spaltung der Sozialdemokratie besonders schmerzhaft fühlbar macht. Der Einfluß der Sozialdemokratie wäre viel stärker, wenn er durch eine enge und geschlossene Partei ausgebaut würde. Hoffen wir, daß die Erkenntnis von dem ungeheuren Schaden, den die Spaltung schon verursacht hat, die Streitenden bald zur Einkehr führt.“

Der mit der Parlamentarisierung getane erste Schritt zur Einführung einer demokratischer Regierungsform in Deutschland ist hoch erfreulich. Die Freude wird aber gedämpft durch die Tatsache, daß nur die große Gefahr, in der das Vaterland schwelgt, diesen Schritt veranlaßt hat. Wir wollen wünschen, daß er sich als das Mittel erweist, diese Gefahr zu bannen, und hoffen, daß es noch nicht zu spät war, diesen Weg zu gehen. Auf der anderen Seite dürfen wir uns darüber nicht täuschen, daß, wenn es jetzt wirklich zum Frieden kommen sollte, dem deutschen Volk noch schwere Tage bevorstehen. Für die Masse der Arbeiter können wir sie erleichtern, wenn wir fest zusammenstehen. Wir sind noch lange nicht über den Berg, die Gefahr ist noch lange nicht behoben. Einer enigen und geschlossenen operierenden Arbeiterklasse wird es aber gelingen, auch der schwierigsten Situationen Herr zu werden.“

Dann zum Schluß des Artikels: Die Demokratisierung Deutschlands:

„Gegen das Junkertum im weitesten Sinne des Wortes muß jetzt alles zusammenstehen, was im Deutschen Reich demokratisch fühlt und denkt.“

Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß ein großer Teil unserer Kampfgenossen für die Durchführung der Demokratie Gegner der Arbeiter auf sozialem Gebiet sind. Wenn die Arbeiterklasse sich mit dem Bürgertum verbindet, um die alten Mächte zu stürzen und die Demokratie zur Herrschaft zu bringen, so haben wir unsere sozialen Forderungen deshalb keinen Augenblick aufgegeben. Innerhalb des demokratischen Bundes stehen wir für unsere Grundzüge und Forderungen ein und suchen sie nach Möglichkeit zu verwirklichen. Aber wir vergessen auch nicht, daß nachher noch eine Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterklasse und ihrem Verbündeten von heute kommt. Diese Tatsache müssen wir uns unablässig vor Augen halten. Ganz besonders jetzt, in diesen kritischen Zeiten, muß die Arbeiterklasse zusammenhalten, alles muß darangelegt werden, unsere Organisationen zu kräftigen und auszubauen. Einigkeit der Arbeiterklasse ist das Gebot der Stunde! Wir sind Zeitgenossen größter Ereignisse der Weltgeschichte, sorgen wir dafür, daß die große Revolution, die wir erleben, auch ein großes Geschlecht finde!

Der „Proletarier“:

„Erste Aufgabe der neuen Regierung, an der die Vertreter der Arbeiter direktem Anteil nehmen, wird

es sein müssen, dem Frieden die Wege zu ebnet. Das wird nicht leicht sein. Doch muß der Versuch gemacht werden, wenn möglich dem grausamen Norden Einhalt zu gebieten. Dabei müssen Rücksichten auf die Praktiken der seitherigen Regierungen ausbleiben. Nicht Frieden um jeden Preis erwarten wir von der neuen Regierung, aber um zum Frieden zu kommen, kann die neue Regierung ganz andere Wege einschlagen als die alte. Wir dürfen uns nicht einbilden, daß die Gegner nun ohne weiteres zu Friedensverhandlungen bereit sein werden. Das werden sie nicht. Der englische Imperialismus gibt sein Ziel noch nicht auf. Es fragt sich nur, ob die Arbeiterklasse sich seinem Einfluß entziehen kann. Denn leider hat der Sozialismus sowohl in der Masse der englischen als auch der amerikanischen Arbeiterklasse bis jetzt noch wenig Eingang gefunden. So wartet der neuen Regierung ein schweres Stück Arbeit. Kann sie den Frieden nicht bringen, so bleibt ihr nur übrig, den Massenwillen des Volkes zur Erhaltung unserer staatlichen Selbständigkeit und Freiheit zu organisieren. Dabei darf es für die inneren Reformen keinen Stillstand geben, damit das Mißtrauen nicht aufs neue erwacht und bei der rechtlosen Masse nicht erst wieder die Frage auftaucht: für wen? Jeder muß sehen, daß er als gleichberechtigter Staatsbürger seine eigene Sache verteidigt, wenn es schon nicht anders sein kann. An der neuen Regierung werden sich die Sünden und Unterlassungen der alten rächen. Da wir aber über eine politisch intelligente Arbeiterklasse verfügen, wird ihr die Demagogie wenig anhaben können.“

Der „Textil-Arbeiter“ schließt seinen Leitartikel: „Volksregierung — Selbstregierung“ wie folgt:

„Hoffen wir, daß es der neuen Regierung, deren Männer mitten im Volke wurzeln, gelingt, die ungeheuren Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die uns trennen von der Wiederkehr besserer Zeiten.“

Aber das sei gesagt: Man erhoffe nicht alles von der neuen Regierung. Alle müssen wir jetzt mit in die Speichen greifen, um unseres Volkes Schicksal herunterzubringen von dem toten Punkt. Mit neuem Vertrauen gefährt gehen wir an die schwere Arbeit.“

Der „Töpfer“ erblickt in den großen Geschehnissen der letzten Tage einen Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte. „Gewaltige Kräfte regen sich, die jahrtausendalte Kriegspolitik der Gewalt durch die Politik des Rechts zu ersetzen. Mögen die Völker diesen großen Zeitpunkt nicht verpassen, möge dieser in den Schreden furchtbarer Menschheitskämpfe nach Befreiung und Verwirklichung ringende Gedanke kein feines Geschlecht finden! Noch stehen wir in der Ungewissheit. Doch schon in den nächsten Tagen werden uns neue Ereignisse melden und diese Ungewissheit heben. Bis dahin hoffen wir auf den Sieg der Menschlichkeit, der die Gewalt verpönt und dem mißhandelten Recht den ihm gebührenden Platz in der Menschheit zuweist!“

Die „Bildhauer-Zeitung“ schreibt:

„Der 5. Oktober 1918 ist fortan ein historischer Tag! Zwar nicht ein Tag überirdengleichen Jubels, aber doch ein Tag der Freude, daß es gelungen ist, in maßgebenden Kreisen Breisde zu legen in alle verrottete Anschauungen, und daß der Weg eingeschlagen wurde, aus dem Obrigkeitstaat nach alt-preußischem Muster einen wahren Volksstaat zu schaffen. Das heißt, daß das Volk im ganzen teil hat an der Gestaltung des Staatswesens, was man mit Demokratisierung bezeichnet und damit der Auffassung näher kommt, wie sie schon immer von echt-liberal gesinnten Leuten, vor allem aber von sozialdemokratischer Seite vertreten wurde.“

Was sich beim neuesten Regierungswechsel in unserem Lande abgespielt hat, gewinnt dadurch Bedeutung, daß zum ersten Male parlamentarische Vertreter der Sozialdemokratie in die Regierung berufen wurden. Noch keine Maß in wahrhaft demokratischem Sinne, aber doch eine Anerkennung dessen, daß ohne ein Preisgeben der Idee des Obrigkeitstaats eine Demokratisierung unmöglich ist, und daß der Meinung der Mehrheit des Volkes Geltung verschafft werden muß.“

Das „Korrespondenzblatt“ des Verbandes der Tapezierer:

„Unsere Erwartungen sind nicht allzu groß in Rücksicht auf die ungeheuren Schwierigkeiten, die dem deutschen Volke angeht, der ganzen Schlage in der nächsten Zukunft erwachsen müssen. In diesem Moment heimliche Kritik an dem Geschicknissen zu üben, ist ein billiges Vergnügen, das man berufs- und geschäftszunehmigen Demagogen überlassen soll. Jetzt gilt es, alles zu unterstützen, was geeignet erscheint, das deutsche Volk vor dem Aergernis zu bewahren und seine baldige Wiedergeburt aus dem Zustande, in dem es dieser ungeliebte Krieg gebracht hat, herbeizuführen. Auch hier werden wir wohl diejenigen sein müssen, die zeigen, daß die ärmsten Söhne des Landes seine getreuesten waren und sind, wie immer die Lage sich auch gestaltet. Freilich müssen wir unsere Kräfte jetzt erst recht sammeln und zu gemeinsamer Arbeit konzentrieren,

wenn der Aufbau des neuen Deutschland im Sinne des sozialistischen Ideals bewerkstelligt werden soll. Unerbittliche Wünsche werden wir natürlich zurückstellen müssen, um zunächst das dringende Notwendige zu verwirklichen. Hoffen wir also, daß die neue Regierung konsequent und kraftvoll ihr Ziel verfolgt und die Politik des Schaukelns und Schwankens endlich vorbei ist.“

Der „Zimmerer“:

„Der erste Schritt zur Demokratisierung ist getan. Die Arbeiter werden geschlossen hinter einer Regierung stehen, wenn sie von deren kräftiger Entscheidung überzeugt sein dürfen, nur auf das Wohl des Volkes bedacht zu sein. Schwere Jahre stehen vor uns. In unverdrossener Arbeit wird das Volk die Sünden und Fehler anderer zu überwinden bereit sein, wenn es von nun ab und immer Herr seiner eigenen Geschichte ist.“

Die „Buchhändler-Zeitung“ sagt in ihrem Artikel: „Im brodelnden Schmelzliegel“ u. a.:

„Unsere Erwartungen auf den deutschen Parlamentarismus sind keineswegs hochgepannt. Er ist ein Spiegelbild des deutschen Volkes, das außenpolitisch wenig gebildet ist. Ein Parlament, wenn es auf der Höhe seiner Aufgabe sich bewegen will, darf aber um keinen Preis bloß ein Spiegelbild der Volksstimmung sein, sondern muß wirklich führend dem Volke vorangehen. Wann hat sich aber der Deutsche Reichstag als von tiefer Sachkenntnis besetzt und tatkräftig wegwiesend während dieses Krieges erwiesen? Wo sind die großen Führer in seinen Reihen, von denen man annehmen kann, daß in ihren Köpfen mit leuchtender Klarheit sich fruchtbare Ideen losringen und ihre schwingvolle Tatkraft die Massen des Volkes mit fortzureißen vermag? Ah, man erlasse uns die Beantwortung dieser Fragen, denn sie würde nicht zuverfichtlärkend ausfallen.“

Und dann zum Schluß:

„Für die Gewerkschaften steht außerordentlich viel auf dem Spiel, je nachdem der sich ankündende Frieden ausfallen wird. Weit mehr als in der Vergangenheit werden sie gezwungen sein, der Außenpolitik ihr Augenmerk zuzuwenden, weil von dieser in ganz erheblicher Weise die geschäftliche Lage beeinflusst wird. Beispielsweise wollen wir nur anführen, daß bei ausbleibender Zufuhr notwendiger Rohstoffe oder bei Wisperrung des deutschen Außenhandels für die deutsche Arbeiterklasse böse Zeiten beginnen werden. Es ist ein großer Fehler der Gewerkschaften bisher gewesen, sich um die auswärtige Politik wenig gekümmert und sie den Berufspolitikern überlassen zu haben. Jetzt haben wir die Beförderung dafür. Wir brauchen bei unserem bekannten Standpunkt wohl nicht erst hinzuzufügen, daß wir nicht ausgesprochene Parteipolitik der Gewerkschaften befürworten, sondern Arbeiter- bzw. Gewerkschaftspolitik, die alle Politik daraufhin prüft, inwiefern und inwieweit Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen durch sie betroffen werden, und dazu frei und offen ihre eigene Meinung abgibt.“

Wie auch der Krieg ausgehen mag, fobiel steht fest: was war, ist gewesen; neue Ercheinungsformen werden aus der Revolution des Weltkrieges herborgehen, vor schwierigen Aufgaben werden wir uns gestellt sehen und sie auszuführen gezwungen sein, wenn wir nicht wollen, daß in dem brodelnden Kessel Gefahren für die ganze Kultur und wirtschaftliche Entwicklung Europas aufsteigen, die alle unsere bisherigen Bestrebungen und Hoffnungen mit eisigem Raufreif überziehen können.“

Der „Rüchener“, ein im Sinne der Unabhängigen geleitetes Gewerkschaftsblatt, schreibt u. a.:

„Ob diese neue Regierung, in die etliche abhängige Sozialdemokraten eingetreten sind und an deren Spitze der bairische Thronfolger als Reichskanzler steht, ihre Aufgabe erfüllen wird, muß abgewartet werden. Denn keineswegs darf die Arbeiterklasse in Jubel ausbrechen, etwa in der Meinung, daß jetzt das preußische reaktionäre Gewaltregiment beiseite ist und wir schon überall den Sieg der Demokratie und des Sozialismus sehen, wie ihn die Gewerkschaftsinstanzen schon im Herbst 1914 sahen. Mehr denn je ist es in dieser Stunde angebracht, der Arbeiterklasse zuzurufen, sich nicht durch die Reden der sogenannten Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer betören zu lassen, daß der Sieg des Sozialismus oder der Demokratie auf dem Marsche sei. Vergessen wir in dieser ersten Stunde nicht, daß die Fraktion der Unabhängigen und die Gewerkschaftsinstanzen bis jetzt die Politik der Regierung, die während der vier Jahre Kriegszeit nichts weiter war als eine Politik der Abdulken und des preußischen Militarismus, unterstützt haben. Sie tragen deshalb, weil sie diese Kriegspolitik unterstützt haben, dafür die volle Verantwortung. Und weil sie die Verantwortung für diese Kriegspolitik tragen, deshalb sind sie in die neue Regierung eingetreten. Damit ist deshalb noch keineswegs gesagt, daß das alte System in Preußen-Deutschland gestürzt ist.“

**Aus unferein Beruf.**

**Keine Monopolisierung der Treibriemenfabrikation.** In der siebenten Sitzung des Ausschusses der deutschen Ledertreibriemenindustrie am 13. September erklärte der Vorsitzende, daß Zeitungsnachrichten, wonach in den Kreisen des Ausschusses Bestrebungen zur Monopolisierung der Herstellung von Treibriemen usw. beständen und wonach die Riemenfreigabelstelle diese Bestrebungen unterstützte, völlig aus der Luft gegriffen sind.

**Gegen die Gründung des Bundes deutscher Lederwarenfabrikanten** wendet sich der Verband deutscher Lederwarenindustrieller, Sitz Offenbach a. M., in einem Rundschreiben an sämtliche Herren Lederwarenfabrikanten Deutschlands, in welchem behauptet wird, daß die Gründe, die für den neuen Bund sprechen sollen, nicht die geringste Berechtigung haben. So wird bestritten, daß die Bestrebungen der Berliner Vereinigung in der Lederbesorgungsfrage gegenständig für die Industrie gewesen sind. Des weiteren wird in dem Rundschreiben die Behauptung wiederholt, die Berliner Vereinigung sei schon seit Jahren aufs eifrigste — sogar mit gewerkschaftlicher Unterstützung — bestrebt, die in Berlin infolge der dortigen teuren Lebensbedingungen erforderlichen hohen Löhne auch den Fabrikanten in den übrigen Wirtschaftsgebieten Deutschlands aufzuzwingen. Unsere Ansicht dazu haben wir bereits in Nr. 35 unserer Zeitung gesagt, weshalb es sich erübrigt, jetzt nochmals darauf einzugehen.

Wenn weiter in dem Rundschreiben behauptet wird, „der Verband deutscher Lederwarenindustrieller hat dagegen unentwegt den Standpunkt vertreten, daß die Arbeitslöhne von den lokalen Vereinigungen unter Berücksichtigung der für das betreffende Industriegebiet maßgebenden Lebensverhältnisse geregelt werden müssen“, so stimmt das insofern nicht, als in früheren Jahren gerade die von Vertretern anderer Verbände gestellten Anträge, die Löhne drücklich zu regeln, vom Verbands deutscher Lederwarenindustrieller abgelehnt wurden und stets zentrale Regelung von ihm verlangt wurde. Erst nach dem letzten Tarifabschluß ist hier eine Wenderung eingetreten. Daß die Arbeitslöhne nach den maßgebenden Lebensverhältnissen geregelt werden, ist eine schöne und richtige Theorie, die aber von dem Verbands deutscher Lederwarenindustrieller bis jetzt noch nicht in die Praxis umgesetzt worden ist. Sollten die Offenbacher Fabrikanten sich jetzt dazu bereit finden, unsere Kollegen werden gern die Hand dazu bieten.

**Gegen die Zwangsorganisation im Leder-Ausrüstungsgewerbe.** In der am 7. Oktober d. J. abgehaltenen Hauptversammlung der Vereinigung Deutscher Fabrikanten für Heeres-ausrüstung E. W., Berlin, der auch Vertreter des Bundes Deutscher Sattlerinnungen beiwohnten, wurde auch über die für die Ausrüstungsindustrie und das Sattlerhandwerk bestehende Zwangsorganisation der Leder-Zuschneidestellen eingehend verhandelt. Die Versammlung sprach sich einstimmig dahin aus, daß — nicht zum wenigsten im Interesse der Heeresverwaltung — die möglichst sofortige Beseitigung der Leder-Zuschneidestellen mit allen Mitteln anzustreben sei, da die mit der Schaffung dieser Zwangsorganisation hauptsächlich angestrebten Vorteile der sachverständigen Verwertung des Leders nicht erreicht und dessen restlose Ausnutzung nur auf Kosten der Kriegsbrauchbarkeit der hergestellten Zuschnitte erzielt würde, während die industrielle Produktion zur bloßen Lohnarbeit (Konfektionierung) herabgedrückt worden sei. Gegen die etwa geplante Weiterführung dieser Zwangsorganisation der Ausrüstungsindustrie über das Kriegsende hinaus müßte seitens der Industrie und des Handwerks scharfer Widerspruch erhoben und im Gegenteil die sofortige Aufhebung der Zuschneidestellen angestrebt werden. Diese Auffassung wurde auch in der Sitzung des Tarifamtes für das Leder-Ausrüstungsgewerbe Deutschlands zum Ausdruck gebracht und von den Arbeitnehmervertretern Deutschlands aus Gründen, wie sie im Bericht über die Tarifamtssitzung zu ersehen, einstimmig geteilt.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

Die Aussperrung der kopenhagener Sattler hat nach dreiwöchiger Dauer mit einem Siege der Arbeiter geendet, indem die Meister sich genötigt sahen, den Lohn um 20 Proz. zu erhöhen. Wir beglückwünschen unsere dänischen Kollegen zu ihrem Erfolge. Um die Kosten der Bewegung zu decken, hat die Hauptverwaltung beschlossen, einen Extrabeitrag von 4 Kronen pro Mitglied zu erheben. Außerdem ist durch Urabstimmung beschlossen worden, den Beitrag zur Streikkasse um 10 Dore pro Woche zu erhöhen und dafür die Streikunterstützung um 60 Proz. heraufzusetzen.

**Rundschau.**

**Unbefugte Kennzeichnung Streifen.** Aus Anlaß des Berliner Streiks im Frühjahr 1918 sind alle noch im wehrpflichtigen Alter stehenden Leute, die in diesen Betrieben tätig waren, einfach zum Militär eingezogen worden. Die Sozialdemokraten haben dagegen im Reichstag stürmisch protestiert, leider zunächst ohne Erfolg. Die Eingezogenen erlitten auf ihren Papieren den Vermerk, daß sie die Bedingungen ihrer Reklamation nicht erfüllt hätten, vielfach ist auf den Papieren weiter bemerkt worden: „Darf nicht mehr reklamiert werden“, und ein weiteres gemeinsames Kennzeichen war der Vermerk B 18. Das war so ziemlich die schlimmste Kennzeichnung, die vorgenommen werden konnte. Soweit die Leute „A. v.“ waren, kamen sie sofort an die Front, die anderen stecken heute noch in den Kasernen, schieben Wachen, schälen Kartoffeln, und das in einer Zeit, in der man Facharbeiter so nötig braucht wie das tägliche Brot. Den Mannschaften, die den ominösen Vermerk B 18 haben, verweigert man nicht nur den Urlaub, man läßt ihnen auch sonst merken, daß sie besonders gekennzeichnete Leute sind. Abg. Stücklen ist nun mit dem Kriegsamt dieser Dinge halber in Verbindung getreten und hat sich warm der Interessen der von diesen Maßnahmen betroffenen Leute angenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß die Bezeichnung B 18 längst hätte gestrichen werden müssen. Diese Anordnung des Kriegsamtes ist einfach nicht überall befolgt worden. Die aus Anlaß des Streiks eingezogenen Leute dürfen nicht deshalb im Urlaub zurückgesetzt werden, und Gesuche um neuerliche Reklamation sollen in jedem einzelnen Falle wohlwollend geprüft werden. Es kann deshalb den in Frage kommenden Leuten nur empfohlen werden, eingehend begründete Reklamationen einzureichen. Es ist aber erwünscht, von dem Resultat dieser Gesuche stets dem Abg. Stücklen, Berlin, Reichstag, Mitteilung zu machen. Zweifellos haben sich wieder einmal untergeordnete Organe Uobergriffe erlaubt, denen energisch entgegengetreten werden muß.

**683½ Milliarden Kriegskosten.**

Einer Aufstellung von Fab. Landau gemäß, bet der alle der Öffentlichkeit zugänglichen Quellen berücksichtigt sind, betragen die Ausgaben für Kriegszwecke seitens aller kriegführenden Staaten in den vier Jahren bis 1. August 1918 683 679 000 000 Mf. Die Zunahme seit Anfang August 1917 beträgt 193 652 300 000 Mf. Der Anteil der einzelnen Länder an der Gesamtausgabe stellt sich wie folgt:

Deutschland . . . . .	115 211 Millionen Mark
Oesterreich-Ungarn . . . . .	49 424 „ „
Türkei . . . . .	600 „ „
Bulgarien . . . . .	900 „ „
Zentralmächte . . . . .	166 135 Millionen Mark

Rußland . . . . .	172 368 Millionen Mark
England . . . . .	153 404 „ „
Frankreich . . . . .	84 759 „ „
Vereinigte Staaten . . . . .	69 360 „ „
Italien . . . . .	36 800 „ „
Portugal . . . . .	844 „ „
Rumänien . . . . .	640 „ „
Serbien . . . . .	185,6 „ „
Belgien . . . . .	160 „ „
Japan . . . . .	21 „ „
Montenegro . . . . .	2,4 „ „

**Wielverband . . . . . 517 544 Millionen Mark**

Während der vier Kriegsjahre waren die Gesamtkosten:

	Zentralmächte	Wielverband
pro Tag . . . . .	117 051 000 Mf.	351 153 795 Mf.
„ Stunde . . . . .	4 877 070 „	14 631 463 „
„ Minute . . . . .	81 353 „	243 806 „
„ Sekunde . . . . .	1 355 „	4 065 „

Für diese ungeheuren Summen, die Vernichtungszwecken dienen, hätte die halbe Welt beinahe in ein Paradies verwandelt werden können.

**Adressenänderungen.**

**Bauten.** B. Hermann Winkler, Wendische Straße 4 III.  
**Hildesheim.** B: Chr. Menge, Vogelweide 19.  
**Königsberg i. Pr.** B. H. Beyer, Sadheim.  
Neckle Str. 90.

**Sterbetafel.**

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitglied:  
Max Dertel, Remscheid, 48 Jahre alt.  
J. Kuchler, München, 29 Jahre alt.  
**Freiburg i. S.** Infolge Nervenerkrankung starb am 28. September unser treues Mitglied Hermann Schmidt, 71 Jahre alt.  
**Halle a. d. S.** Am 8. Oktober verstarben unsere Mitglieder Otto Lühendorf im Alter von 38 Jahren und Anna Pfiemeke, 27 Jahre alt.  
**Mainz.** Am 29. September starb unser Mitglied Heinr. Kaiser im 84. Lebensjahre, infolge eines Leidens, welches er sich im Felde zuzog.  
**Stuttgart.** Am 25. September verstarb unser Mitglied Eugen Gunzer im Militärlazarett zu Weingarten nach einer Operation im Alter von 30 Jahren.  
— Am 30. September verstarb unser Mitglied Luise Klaban, 42 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

**Zentral-Franken-u. Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige**

**(Kleiner Versicherungsverein-Ersatzkasse).**

Gemäß der Bundesratsverordnung vom 20. Dezember 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1121) über die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen sah sich der Vorstand der Kasse genötigt, **Allgemeine Bestimmungen** für diese Wiederherstellung festzusetzen, die vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung am 19. September 1918 der Kasse genehmigt sind und liegen dieselben in den Kassenslokalen unserer Verwaltungsstellen zur Einsichtnahme aus.

Raut § 80 der Satzung wird dieses hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

**Der Vorstand**

J. A.: Paul Städter.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als **Spezialität**  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**  
Gegründet 1880.  
Preislisten S. P. gratis und franko.

**Achtung Sattler!**

Zur Herstellung von Pferde- und Ochsengeschirren liefere 8-fach gestricke Papiergarn-Gurte in den Breiten von 35 bis 100 mm zu günstigen Preisen ohne Bezugschein. Einige größere Maßons für energische Vertreter noch zu vergeben.

**Otto Hegewald, Chemnitz,**

Tel. 8509. Barbarossastraße 45. Tel. 8509.

**„Eulin“-Leder-Hochglanz**

ist wieder lieferbar, macht das Leder geschmeidig und gibt hohen Glanz.  
Alleiniger Fabrikant

**J. J. Glorius, Ladfabrik, Magdeburg-Budau**  
Telephon 190 und 1219. Gegründet 1829.

Große Mengen  
**Schnallen und Ringe**  
hat preiswert abzugeben.  
Ernst Schädla, Cassel, Mauerstraße 1/2.

**Chair-Leder für Damenhut-Fabrikation**

in allen Farben gesucht.

**Albert Wolff, Berlin, Spittelmarkt 8/10.**